



Ressourcen besteuern

Der globale Ressourcenverbrauch nimmt stetig zu. In modernen Industriegesellschaften liegt er derzeit zwischen 15 und 25 Tonnen pro Kopf und Jahr; nachhaltig und global gerecht ist nach Einschätzung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) ein jährlicher Verbrauch von sechs Tonnen pro Kopf. Dennoch bemühen sich Deutschland und die EU weitaus stärker darum, ihrer Industrie den Zugang zu natürlichen Ressourcen weltweit zu sichern, als Ressourcen zu schonen. Mit ihrer Handels- und Rohstoffpolitik drängen sie Länder des globalen Südens ihre Rohstoffmärkte zu öffnen und verlangen Investitionsschutz für europäische Unternehmen. Politische Instrumente, die auf eine Schonung natürlicher Ressourcen abzielen, sind dagegen (bislang) weit aus weicher ausgestaltet. Im Vordergrund stehen billige Rohstoffe – auf Kosten zukünftiger Generationen, der Umwelt und anderer Länder.

Primärrohstoffsteuern und Materialinputsteuern

Die konsequente Erhebung und ggf. Erhöhung von *Royalties* ist ein erster wichtiger Ansatzpunkt nationaler (Entwicklungs- und) Wirtschaftspolitik. Ressourcensteuern können darüber hinaus auch gezielt als Instrument zur Ressourcenschonung eingesetzt werden, indem sie die externen Kosten des Abbaus internalisieren und Effizienzreize schaffen. Externe Kosten sind Folgekosten der Rohstoffgewinnung, die nicht von den Unternehmen getragen werden, sondern von anderen – in der Regel der betroffenen Bevölkerung und der Allgemeinheit (z.B. Grundwasserverschmutzung oder Bergschäden). Durch eine Steuer können die Bergbaukonzerne an diesen Kosten zumindest ein Stück weit beteiligt werden. Durch die Veränderung der relativen Preise kann eine solche Steuer die Entscheidungen von Unternehmen und VerbraucherInnen beeinflussen und Anreize für einen schonenden Umgang schaffen. Da die Folgekosten des Rohstoffabbaus eher von der Menge der geförderten Rohstoffe abhängen als von ihrem Wert, sollten solche umweltpolitisch motivierten Ressourcensteuern Mengensteuern sein. Das heißt, dass ein fester Betrag auf eine bestimmte Menge eines Rohstoffs erhoben wird. So haben sie den zusätzlichen Effekt, dass sie die Schwankungen der Rohstoffpreise nicht weiter verstärken, sondern im Gegenteil dämpfen würden. Erhoben werden kann die Steuer entweder direkt bei der Entnahme des Rohstoffs (Primärrohstoffsteuer) oder beim erstmaligen Einsatz in der Produktion (Materialinputsteuer). Ein großer Vorteil einer Steuer als politisches Instrument besteht darin, dass Preissignale geschaf-

fen werden, die über die gesamte Wertschöpfungskette wirken. Die Besteuerung der Primärrohstoffe können die Förderunternehmen weitergeben. So fließen die Kosten für den Materialverbrauch in jeder Produktionsstufe in den Preis mit ein. Dadurch werden Anpassungen dort ausgelöst, wo die Umstellungskosten am geringsten sind, und Einsparpotenziale so am effizientesten genutzt. Primärrohstoffsteuern sind grundsätzlich leichter zu erheben als Materialinputsteuern, da die zu besteuerte Menge leichter zu erfassen ist. Eine Primärrohstoffsteuer kann allerdings nur in den Ländern erhoben werden, in denen die Rohstoffe auch gefördert werden. Eine Materialinputsteuer hingegen ist ein sinnvolles Instrument gerade in den industrialisierten Ländern, die selbst nur wenige Rohstoffe abbauen. KritikerInnen von Rohstoffsteuern wenden ein, dass die Rohstoffpreise bereits ohne eine weitere Belastung stark ansteigen würden. Die Preisentwicklung der letzten Jahre scheint dieser Aussage Recht zu geben. Der langfristige Trend macht jedoch deutlich, dass die Rohstoffpreise zwar starken Schwankungen unterworfen sind, seit Beginn der Industrialisierung aber inflationsbereinigt gefallen sind (siehe Abb.). Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) schlägt als erstes Testfeld eine Steuer auf den Materialeinsatz in Getränkeverpackungen vor. Laut einer dazu beim Öko-Institut und dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Auftrag gegebenen Studie ist eine Steuer auf Getränkeverpackungen sowohl leicht umsetzbar als auch wirkungsvoll. Abfall aus Getränkeverpackungen ließe



sich dadurch um knapp 50% reduzieren. Denn Hersteller würden motiviert, auf innovative, leichte Materialien und Mehrwegverpackungen zu setzen, sowie Recyclingmaterialien und nachwachsende Rohstoffe zu nutzen.

In Deutschland bietet sich auch eine Steuer auf Primärrohstoffe an: ca. zwei Drittel aller hierzu-lande geförderten Rohstoffe sind Baumineralien

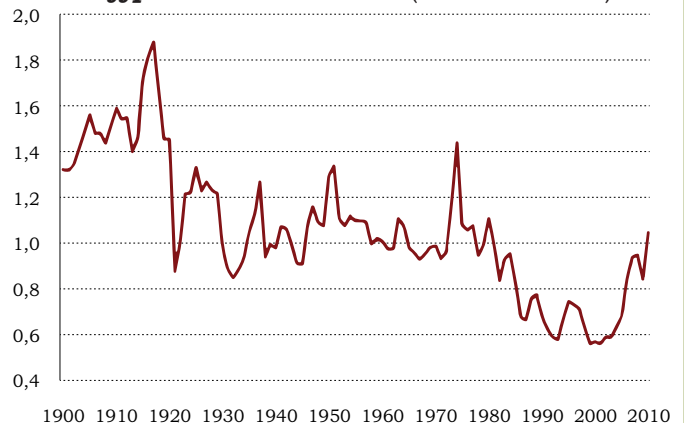
(Kies, Sand, Hartgestein). Andere europäische Länder wie Großbritannien und Dänemark erheben eine solche Steuer bereits, um externe Kosten zu internalisieren und Effizianzanreize zu schaffen. Bei der Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen und Recyclingbaustoffen sind nach wie vor große Effizienzpotenziale vorhanden.

Rohstoffabbau weltweit (be)steuern

Ressourcensteuern alleine reichen nicht, um sämtliche Problematiken des Rohstoffabbaus weltweit zu entschärfen. Für Unternehmen müssen verbindliche *Sorgfalts- und Transparenzpflichten* gelten und flankierend *Alternative Rohstoffpartnerschaften* aufgebaut werden (vgl. Rohstoffsteckbriefe 2013). Doch Rohstoffsteuern können durch ihre Lenkungswirkung einen Beitrag zur Entkoppelung von Rohstoffverbrauch und Wohlstand leisten. In der „Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa“ und im „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ beschreibt die EU-Kommission die Vision einer europäischen Wirtschaft, die mit geringeren Rohstoffmengen auskommt. Sie ermutigt darin die Mitgliedstaaten, auf Umwelt- und Ressourcensteuern zu setzen. Dieses Verständnis muss auch in der europäischen Handels- und Investitionspolitik gelten. Der Politikspielraum für die Länder des globalen Südens darf nicht über Handelsabkommen oder Investitionsverträge beschnitten werden.

Im *deutschen Ressourceneffizienzprogramm* (Progress) kündigt die Bundesregierung immerhin an zu prüfen, inwieweit ökonomische Instrumente, also auch Steuern, in Deutschland einen Beitrag zur Schonung natürlicher Ressourcen leisten können. Der *Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI) spricht sich jedoch klar gegen jegliche Besteuerung von Rohstoffgewinnung oder -nutzung

Rohstoffpreise 1900 – 2010 (in realen US\$)



Berechnung des FÖS auf Grundlage von Daten der Weltbank und nach dem Grilli und Yang Index

aus. Momentan richtet sich die konkrete Rohstoffpolitik in Deutschland noch recht einseitig an den Interessen der heimischen Konzerne aus (vgl. Rohstoffsteckbrief 2013: „Demokratisierung der Rohstoffpolitik“). Vor dem Hintergrund, dass natürliche Ressourcen endlich sind und bereits viel zu lange auf Kosten der Länder des globalen Südens ausgebeutet werden, muss baldmöglichst umgesteuert werden und auch das Ziel Ressourcenschonung mit wirkungsvollen Instrumenten unterlegt werden. Dazu gehören Ressourcensteuern.

Literatur:

Meyer, Eike (2012): **Der Beitrag von Ressourcensteuern zu wirksamer Ressourcenschonung**. Hg.: FÖS, Berlin: <http://bit.ly/17gpKd7>

Öko-Institut/IÖW (2009): **Steuern oder Sonderabgaben für Getränkeverpackungen und ihre Lenkungswirkung**. Auftrag: NABU, Darmstadt/Berlin: <http://bit.ly/18lO12w>

Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) (2012): **Umweltgutachten 2012. Verantwortung in einer begrenzten Welt**. Berlin: <http://bit.ly/13ZeEam>

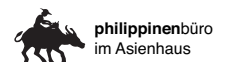
PowerShift (Hg.) (2012): **Steckbriefe zur Rohstoffpolitik**, Berlin, <http://bit.ly/19EEO9I>

Herausgeber:



AFRICA VENIR

urgewald



PowerShift



Impressum

Berlin, 2013
Autorin: Nicola Jaeger
Layout: Marcel Zienert

Redaktion/Kontakt:
Peter Fuchs

Peter.Fuchs@power-shift.de
<http://power-shift.de>

Mit freundlicher
Unterstützung von:

